



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 170-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.368

Eingereicht am: 12.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Patzen (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Ruch (Bern, GRÜNE)
Bühlmann (Bern, GRÜNE)
Kocher Hirt (Worben, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Abbau der Sozialberatung – Wohin steuert der Kanton die integrierte Versorgung bzw. steuert er überhaupt?

Im März 2025 wurde den Mitarbeitenden der Sozialberatung eine Reorganisation und Reduktion der gesamten Sozialberatung der Inselgruppe bekanntgegeben. Die Sozialberatung wird insgesamt um rund 20 Prozent gekürzt. Zudem wird sich die Sozialberatung noch stärker auf die Organisation von Pflegeheimen und Kuren fokussieren, weiterführende Sozialberatungen werden vermehrt nur noch für stationäre Patientinnen und Patienten angeboten. Begründet werden die Massnahmen mit den Sparzielen der Inselgruppe. Es sollen das Austrittsmanagement gestärkt werden, um die Dauer der stationären Aufenthalte zu verkürzen, und der Fokus auf die stationären Patientinnen und Patienten gelegt werden, weil die Leistungen im ambulanten Bereich nicht ausreichend finanziert seien.

Aufgrund dieser Einschränkung der sozialarbeiterischen Beratungskapazitäten im Inseelspital können schwierige soziale Situationen von Patientinnen und Patienten nicht mehr zeitnah gelöst werden, was sich negativ auf ihre Gesundheit auswirken und langfristig zu höheren Gesundheitskosten führen wird.

Nachdem bereits die UPD verschiedene Angebote in der klinischen Sozialarbeit abgebaut haben, folgt nun das Inseelspital. Damit verliert die soziale Dimension im Gesundheitssystem weiter an Gewicht, und die wichtige Vernetzungsarbeit unter den Institutionen fällt weg. Dies ist das Gegenteil einer «integrierten Versorgung», wie sie der Kanton im Modell 4+ mit einer führenden Rolle der Spitäler vorsieht.

Der Grosse Rat hat in der Herbstsession 2024 gefordert, dass der Regierungsrat im Rahmen der Umsetzung der Strategie «integrierte Versorgung» die Rolle und Bedeutung der klinischen

Sozialarbeit stärken sollte und prüfen soll, wie ein Finanzierungsmodell für die klinische Sozialarbeit aussehen könnte.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hat sich der Regierungsrat in der Frage des Abbaus und der Reorganisation der Sozialberatung im Inselspital eingebracht?
2. Wie ist die Situation in den anderen Spitälern im Kanton Bern? Droht ein weiterer Abbau in der Sozialberatung?
3. Sieht der Regierungsrat die Problematik, dass ein Abbau der klinischen Sozialberatung die Vernetzung unter den Institutionen, den Einbezug des sozialen Umfelds von Patientinnen und Patienten sowie eine ganzheitliche Sicht auf den Gesundheitszustand einer Person erschwert und damit den Zielen einer integrierten Versorgung entgegensteht?
4. Was unternimmt der Regierungsrat aktuell, um einen weiteren Abbau im Bereich der klinischen bzw. medizinischen Sozialarbeit zu verhindern und diese nachhaltig zu finanzieren?

Verteiler

– Grosser Rat